

Frankfurter Allgemeine Archiv speichern

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.12.2019, Nr. 286, S. 18

EUROPLATZ FRANKFURT

Mehr Mut in der Finanzpolitik

Von Michael Heise

In den Wachstumsrankings des Euroraums steht Deutschland mit Italien derzeit an letzter Stelle. Wir sind in rascher Zeit vom Motor des Euroraums zum Bremsfaktor geworden. Im politischen Raum wird das gerne mit dem seit Monaten zu beobachtenden Rückgang des Welthandels erklärt, der die exportabhängige deutsche Wirtschaft besonders trifft. Mit besserer Weltkonjunktur, so die These, würden wir schnell zu alter Stärke zurückkehren. Diese Schlussfolgerung greift zu kurz.

Denn Deutschland hat an Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren verloren. Nachdem andere Partnerländer ihre Steuersätze abgesenkt haben, ist Deutschland wieder zu einem Hochsteuerland geworden. Auch zahlen wir weltweit Spitzenlöhne in der Industrie, und die Energie ist viel teurer als in den meisten anderen Industrieländern. Das wäre alles kein Problem, wenn die Infrastruktur in Deutschland, wie das vor Jahrzehnten vielleicht noch der Fall war, auch auf einem Spitzenniveau läge und stetige Produktivitätssteigerungen zuließe. Aber das ist leider nicht der Fall. Deutschland braucht bessere Verkehrswege, besser ausgestattete Schulen und Universitäten, eine weniger lückenhafte Telekommunikationsstruktur, schnellere digitale Netze, mehr Klimaschutz und bezahlbaren Wohnraum. Hinzu kommt inzwischen auch ein Fachkräftemangel. Was tun?

Sollte man, wie es aus verschiedenen Richtungen gefordert wird, ein großdimensioniertes kreditfinanziertes Investitionsprogramm des Staates auflegen? Das mag bei Nullzinsen des Staates verlockend erscheinen, es wird aber nicht den erwünschten raschen Erfolg haben. Denn schon die derzeitigen Investitionsbudgets, die man in den letzten Jahren endlich erhöht hat, können nicht vollständig umgesetzt werden, weil Engpässe in Planungs- und Genehmigungsverfahren und erhebliche Kapazitätsprobleme in der Bauwirtschaft das verhindern. Einfach mehr Geld bereitzustellen wird in dieser Situation wenig bewirken. Schnellere und nachhaltige

Erfolge ließen sich erzielen, wenn der Staat den Standortnachteil der hohen Steuer- und Abgabenbelastungen auf untere und mittlere Einkommen sowie auf die Einkommen der Unternehmen anginge und diese absenken würde. Das würde private Haushalte zu mehr Konsum und - was langfristig für Wachstum und Wohlstand wichtig ist - die Unternehmen zu mehr Investitionen in Deutschland selbst anregen. Da der Staat durch den Zinsrückgang sehr viel einsparen können, erscheint es angezeigt, den privaten Haushalten, die nicht zuletzt durch steigende Wohnkosten und sinkende Zinseinnahmen stark belastet werden, etwas zurückzugeben. Sicher kann nicht alles auf einmal realisiert werden, da die finanzpolitischen Spielräume für Entlastungen nicht gewaltig sind. Aber in einer sich deutlich abschwächenden Gesamtkonjunktur sollte ein vorübergehendes Staatsdefizit kein Tabu sein. Aber auch eine "rote Null" ergibt nur Sinn, wenn langfristig wachstumsfördernde Maßnahmen angegangen und keine bloßen Strohfeuer entzündet werden.

Der Autor ist Berater bei Allianz Global Investors.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de